

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riefa, Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Wrisfen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Girafosse Riefa Nr. 22.

Nr. 133.

Dienstag, 10. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf., durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 60 mm breite, 8 mm hohe Werbefläche (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restfläche 100 Gold-Pfennige; halbtägiger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Drucker, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

## Politischer Hochbetrieb in Berlin.

Von unserem Berliner Vertreter.  
Die Ruhepause, die sich der Reichstag bis zum 24. Juni genommen hat, stellt für die Reichsregierung keineswegs eine Unterbrechung ihrer Arbeiten dar. Im Gegenteil, nach den Pfingstfeiertagen wird in der Wilhelmstraße ein politischer Hochbetrieb begannen, wie man ihn seit Wochen und Monaten nicht mehr gewohnt war. Diplomatische Unterhandlungen, Kabinettsräte über die Gesandtschaften zur Durchführung der Sachverständigen-Gutachten, Reichsministerien auswärtiger diplomatischer Stellen werden einander ab. Minister Dr. Stresemann kann keineswegs daran denken, jetzt den üblichen Erlösungsurlaub anzutreten, der jedem Regierungsmann zusteht, wenn er einen parlamentarischen Erfolg erlangen hat. Vielmehr wird gerade auf der Schulter des Außenministers eine Fülle von Arbeiten ruhen, während die Reformminister ihrerseits gegenläufige Gegenarbeit leisten werden, die Zeit in Ruhe zu verbringen.

Im Reichsbahnministerium finden zur Zeit Beratungen über Verordnungen statt. Das Problem der Reichs-eisenbahnen, das alle Kreise mit großer Sorge erfüllt, wird in Denkschriften und Gutachten bis in die kleinsten Einzelheiten hinein bearbeitet. Das Reichswirtschaftsministerium verhandelt mit den Wirtschaftskreisen über Kreditnot und Absatzkrise sowie über die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen. Das Arbeitsministerium muß ständig in den fast täglich eintreffenden Arbeitsverträgen vermitteln, Verhandlungen einleiten, Schiedsprüche fällen, während das Reichsjustizministerium seinerseits eine Fülle von wichtigen Arbeiten zu erledigen hat.

In diese geschäftige Zeit fallen noch wichtige politische Einzelprobleme, die der dringenden Lösung harren. Die Note der Vorkonferenz über die Militärkontrolle muß beantwortet werden. Weiterhin treten jetzt neue Besprechungen mit den Vertretern Sowjet-Rußlands ein, die mit großer Vorsicht und Zurückhaltung geführt werden müssen, und bei denen es darauf ankommt, eine nüchterne und klare, aber auch entschiedene Haltung deutscherseits einzunehmen. Ein Blick, daß es gelungen ist, die parlamentarische Situation noch vor den Pfingstfeiertagen zu klären. Der Reichstag war wirklich harmlos, als er der Regierung ein Vertrauensvotum für seine außerparlamentarischen Geschäfte erteilte, und für 14 Tage in die Ferien ging. Die Minister brauchen ihre kostbare Zeit nunmehr nicht an überflüssige Parlamentsschabladen zu verschwenden, sie brauchen nicht Verteidigungsmaßnahmen gegen die Opposition zu ergreifen und können sich ungehindert ihren Aufgaben widmen. Außerlich wird man von dem politischen Hochbetrieb in der Wilhelmstraße wenig merken, da die Regierungsmänner größere Zurückhaltung wahren müssen und nur sehr wenig von den vielen, inhaltlich schweren Besprechungen an die Öffentlichkeit dringt. Sobald der Reichstag wieder zusammentritt, hat die Regierung die harte Pflicht, die Gesetze über die Durchführung der Sachverständigen-Gutachten vorzulegen. Dann wird der Kampf von neuem beginnen; Opposition und Regierung müssen sich in dieser Zeit gerüstet haben, um die Entscheidung über die außerparlamentarischen Probleme herbeizuführen.

Insmerhin ist die Situation der Regierung einigermaßen gerettet. Die Sozialdemokraten werden vorläufig keine Schwierigkeiten machen, da sie keinen Grund haben, nochmals die Gefahr von Reichstagsneuwahlen heraufzubeschwören. Die deutschnationale Opposition dürfte ebenfalls in ein ruhigeres Stadium eintreten, sobald nur noch der Kampf mit der radikalen Linken und den Nationalsozialisten bleibt. Die Regierung wird sich bemühen, in der 14-tägigen Pause eine vollständige Klärung der außerparlamentarischen Lage herbeizuführen, damit sie nicht mit leeren Händen vor den Reichstag tritt, dem zugemutet werden soll, Gesetze zu erlassen, die für das Schicksal des deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus ausschlaggebenden Einfluß ausüben. Sie hofft, daß es ihr gelingen wird, einen besseren Boden vorzufinden als in den letzten Tagen, wo ernste Sorgen, verstärkte innereuropäische Streitigkeiten den klaren Blick der politischen Köpfe getrübt hatten.

## Die Blanko-Vollmacht der Regierung.

W.D. Berlin. Der Abstimmungsstich der Reichsregierung bei der Vertrauensfrage im Reichstag gibt den politischen Kreisen Anlaß zu lebhaften Erörterungen. Von deutschnationaler Seite wird darauf hingewiesen, daß die durch den nationalsozialistischen Antrag gestellte Vertrauensfrage umgangen sei. Die von der Mehrheit angenommene Billigungsformel bedeutet weder einen politischen noch einen moralischen Erfolg des Reichskabinetts. Von den der Regierung nachstehenden Kreisen wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Bedeutung des parlamentarischen Erfolges der Regierung nicht unterschätzt werden dürfe. Die Regierung habe die Blanko-Vollmacht zur Durchführung ihrer Politik hinsichtlich der Sachverständigen-Gutachten erhalten. Diese Tatsache könne nicht geleugnet werden, denn in der Entscheidung der Regierungsparteien war ausschließlich von der außerparlamentarischen Lage gesprochen worden. Ein Vertrauensvotum, wie die Nationalsozialisten es zur Abstimmung gestellt hatten, war absolut nicht notwendig, da bei der ganzen Debatte über die Regierungspolitik nur von außerparlamentarischen Fragen, niemals aber von der innenpolitischen Einwirkung der Regierung gesprochen worden war. Die innenpolitischen Einwendungen der einzelnen Parteien, seien daher ganz bedeutungslos, da der ganze Gang der Debatte bewiesen habe, daß die Regierung sich lediglich beauftragt fühlt, die außerparlamentarischen Probleme unter Dach und Fach zu bringen.

## Die Regierungskrise in Frankreich.

### Ein Rechtskabinett unter Francois-Marshall.

Paris. Um 10 Uhr berief Millerand Francois-Marshall ins Elisee, um diesem die Bildung des Kabinetts anzuvertrauen. Marshall hat angenommen. Er erklärte den Journalisten, er würde Sonntag früh um 10 Uhr die erforderlichen Schritte beginnen. Er hoffe am Dienstag nachmittags um 3 Uhr sein neues Kabinett der Kammer vorstellen zu können. Auf die Frage, ob die Demission Millerands bekanntgegeben würde, sagte er: „Keineswegs.“ Die Vorkonferenz, die er am Dienstag im Auftrag des Präsidenten vor den Häusern des französischen Parlaments vertreten werde, werde keine einfache Demissionsbotschaft sein, sondern eine Stellungnahme der Kammer erfordern. Im Anschluß hieran werde er eine kurze Regierungserklärung verlesen.

Paris. Die endgültige Zusammenfassung des Kabinetts Francois-Marshall ist folgende: Vorsitz und Finanzen: Francois-Marshall, Justiz: Senator Rostier, Außerer: Abg. Lefevre du Prey, Innerer: Senator de Selves, Krieg: Abg. Maginot, Marine: Abg. Desbassay de Richelieu, Kolonien: Abg. Fribry, Öffentliche Arbeiten: Abg. Le Troquer, Arbeit: Abg. Jourdain, Befreiete Gebiete: Abg. Louis Marin, Wirtschaft: Abg. Capus, Öffentlicher Unterricht: Abg. Landry, Handel: Abg. E. Flandin.

### Ausere Sitzung der Kammer.

Paris. Die Kammer ist Sonntag nachmittags um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, die nur etwa 20 Minuten dauerte. Es wurde lediglich das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und genehmigt, worauf Kammerpräsident Painleve mitteilte, es sei ihm folgende Tagesordnung zugehakt worden: Die Kammer, die entschlossen ist, die Pachtung des Willens und des allgemeinen Stimmrechtes sicherzustellen, beschließt, Montag um 6 Uhr abends eine Sitzung abzuhalten. Diese Tagesordnung ist mit 348 gegen 5 Stimmen angenommen worden. Die Mittelparteien und die Rechte haben an der Abstimmung nicht teilgenommen. Ein Anhänger der Rechten rief bei der Verlesung des Abstimmungsergebnisses: „Komödianten.“ Der Kammerpräsident hebt die Sitzung mit der Ankündigung auf, daß die nächste Sitzung am Montag um 6 Uhr wieder Fortsetzung der Tagesordnung stattfindet. Als er seinen Sitz verläßt, applaudiert die Linke, während man von rechts und aus der Mitte ironische Zurufe hört.

### Anfragen über die Regierungsbildung.

Paris. Der Abg. Reibel hat gestern nachmittags dem Kammerpräsidenten Painleve die folgende Interpellation zugehakt: Ich wünsche die Regierung über die Bedingungen zu interpellieren, unter denen das neue Kabinett gebildet worden ist. — Beim Senatspräsidenten Doumergue hat Senator Theron, der ehemalige Oberbauminister, eine ähnliche Interpellation eingebracht. Die Kammergruppe der demokratisch-republikanischen Union hat heute bereits beschloffen, den Abg. Reibel bei seinem Vorhaben zu unterstützen.

Paris. Der unabhängige Sozialist Aubriot beabsichtigt, die von dem Elisee nachstehenden Ritzern aufgestellte Behauptung zu widerlegen, daß anlässlich der mehrfachen innerpolitischen Stellungnahme des Präsidenten der Republik die Regierung in keinem Falle von der Kammer interpelliert worden sei. Er nimmt zu diesem Zweck die Interpellation wieder auf, die er am 15. Oktober 1923 eingebracht und die die Rede des Präsidenten Millerand im Gevaur zum Gegenstand hatte. Sie verlangt Auskunft über die Maßnahmen, die die Regierung zu treffen gedenkt, um die Durchführung des in Gevaur vom Präsidenten der Republik entwickelten politischen Programms zu sichern.

Paris. In den Wandelgängen der Kammer war viel von dem Zusammentritt des Kongresses, d. h. der Vereinigung von Kammer und Senat zur Präsidentenwahl in Versailles die Rede. Was das betrifft, so unterliegen. Was Doumergue anlangt, der in Kammer und Senat zahlreiche Anhänger habe, so seien seine Ansichten noch nicht bekannt und man wisse nicht, ob er Kandidat sein werde oder nicht. Es scheint, daß er seinen Entschluß zum Teil davon abhängig machen wolle, wie die Plenarversammlung der Linksfractionen der Kammer und des Senats, die nach überflüssigem Brauch vor der Wahlhaltung des Kongresses in Versailles im Senat zusammentritt, organisiert werde.

### Die Linke gegen das neue Kabinett.

Paris. „Ouvriere“ glaubt zu wissen, daß die Radikalen bereits beschloffen haben, daß nach Verlesung der Beschlüsse des Präsidenten der Republik und nach dem Eingreifen eines Mitgliedes der Minderheit von der Linke eine Resolution eingebracht werden solle, in der der Regierung die Anerkennung versagt und daran erinnert wird, daß sich das Land am 11. Mai unzweifelhaft für eine entschlossene republikanische und sozial friedfertige Politik ausgesprochen habe.

## Privater Gedankenaustausch zwischen England und Frankreich zur Ruhrfrage.

London. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, letzthin habe ein wichtiger Gedankenaustausch durch private Kanäle zwischen Vertretern der britischen Arbeiterpartei und den französischen So-

zialistisch Radikalen stattgefunden. In diesen Erörterungen sei ein ziemlich umfassendes Uebereinkommen erzielt worden. Dieses Abkommen werde vielleicht behandeln die Durchführung des Dawes-Planes mit darauf folgender wirtschaftlicher Klärung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, sobald Deutschland die notwendigen Gesetzmäßigkeiten erlassen habe und die internationalen Organisationen in der Lage wären, die ihnen zugewiesenen Organisationsaufgaben zu übernehmen, die sofortige Verabreichung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes auf ein möglichst rasches Maß und ihre Verabreichung, sobald die Durchführung des Dawes-Berichtes mit deutscher Mitwirkung von statten gehe, die Lösung der Sicherheitsfrage durch den Völkerbund, wobei Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden solle, baldige Uebereinkunft der Kontrolle der deutschen Rüstungen auf den Völkerbund, nach Durchführung der vor kurzem vorgeschlagenen neuen internationalen Untersuchung und eine Erörterung über eine allgemeine Rüstungsverminderung.

## Die polnische Halsstarrigkeit.

In den auf Grund des Versailler Vertrages und des sogenannten Rinderbein-Vertrages zwischen Polen und Deutschland über die Staatsangehörigkeit stehenden Verhandlungen hat der polnische Minister Kosminski in der öffentlichen Sitzung des Völkerbundes vom 14. März die Erklärung abgegeben, er fühle sich gegenüber seinem eigenen Lande zu der Erklärung verpflichtet, daß Polen es als eine moralische Verpflichtung betrachte, keine weiteren Maßnahmen gegen Verletonen zu treffen, deren Schicksal vom Ausgange der Verhandlungen abhängt. Die polnische Regierung hat sich aber in seiner Weise an diese Erklärung gehalten, sondern seit dem 12. Februar 1924, dem Beginn der Verhandlungen, gegen Verletonen unstrittener Staatsangehörigkeit u. a. 115 Liquidationsbeschlüsse, 11 Ausweisungsbefehle und 44 andere Zwangsmaßnahmen erlassen. Es handelt sich also um nicht weniger als 168 Fälle. Der Präsident des Volkerbund-Liquidationskomitees hat sogar erklärt, daß er von der Erklärung Kosminskis keine Kenntnis habe. Da die Deutsche Regierung naturgemäß nicht zulassen kann, daß durch diese Maßnahmen immer mehr Verletonen zur Abwanderung gezwungen werden, und sich dadurch das Verhandlungsobjekt immer mehr verkleinert, so hat sie sich genötigt gesehen, den Sachverhalt dem Völkerbundsrat zu unterbreiten und ihn gebeten, dafür zu sorgen, daß er dem vor ihm abgegebenen polnischen Versprechen Geltung verschafft.

## Vom internationalen Gewerblichkongress.

Wien. Nach einer Meldung der Sozialdemokratischen Korrespondenz beendete die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale ihre Beratungen. Die Exekutive prüfte die durch das Sachverständigengutachten gestellte internationale Lage, stellte fest, daß aus unmittelbar beteiligten sozialistischen und Arbeiterparteien dem Sachverständigengutachten gegenüber eine vollständige Uebereinstimmung eintreten, und bekräftigte die in Luzern getroffenen Beschlüsse. Die Exekutive hörte einen Bericht über die Lage in der Sowjetunion. Sie stellte auf Grund eines Berichtes des britischen Delegierten fest, daß in Ungarn das Regime des konterrevolutionären Terroris fortdauere und es auch weiterhin die Pflicht aller sozialistischen und Arbeiterparteien bleibe, dem ungarischen Völkertum ihre moralische Unterstützung zu leisten. Die Exekutive beschloß, daß in diesem Jahre in allen Ländern in kraftvollen Demonstrationen das Gedächtnis des Weltkriegsausbruchs und die Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen neue Kriege, gegen Kriegsvorbereitungen und Kriegsverbrechen zum Bewußtsein der großen Massen aller Völker gebracht werden. Die Exekutive erörterte weiter die Frage des Achtundtags. Abend gab im Namen der englischen Arbeiterpartei die Erklärung ab, daß die englische Arbeiterpartei alles daran setzen werde, die Ratifikation der Konvention von Washington in England in der allernächsten Zeit durchzusetzen und zu verhindern, daß die Lösung der Reparationsfrage dazu mißbraucht werde, den deutschen Arbeitern den Achtundtag zu entreißen. Eine dazu gezielte Entschließung wendet sich mit allem Nachdruck gegen die internationale Verschwörung der Kapitalisten gegen den Achtundtag, der zuerst den deutschen Arbeitern genommen werden solle. — Die nächste Sitzung der Exekutive soll im September in London und der 1925 fällige internationale Kongress in Frankreich abgehalten werden.

## Gestörte Wiederkehrsfest des „Eisernen Korps“ in Graz.

Graz. Zu Pfingsten fand hier das Wiederkehrsfest des österreichischen „Eisernen Korps“ statt. Zu Tausenden waren aus dem Lande Steiermark die Teilnehmer gekommen. Am Pfingstsonntag bemerzte sich ein großer Zug durch die Straßen. Es kam dabei zu blutigen Zwischenfällen zwischen Kommunisten und Sozialisten, die zusammen mit Invalidenorganisationen eine Gegen demonstration organisierten und zum Teil mit vorbereiteten Automobilen in den Festzug hinein fuhren. Es gab einige Verwundete. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierauf ein Angriff auf den christlich-sozialen Landesoberhauptmann unternommen, der sich im Zuge befand. Die österreichische Wehrmacht verhielt sich völlig teilnahmslos. Wenns greif die Grazer Polizei, die von auswärtig verhaftet worden war, nur zögernd ein. Nur der außerordentlich gut disziplinierten Haltung der Festteilnehmer war es zu danken, daß es nicht zu schwereren Ausschreitungen gekommen ist.